Brauchtum

Deutsche Volksfeste als Weltkulturerbe

Die deutschen Volksfeste, von der Dorfkirmes bis zum Oktoberfest, sollen Unesco-Weltkulturerbe werden. Bundestagsabgeordnete aller Parteien sowie die Bundesministerinnen Andrea Nahles und Manuela Schwesig unterstützen die Bewerbung des Deutschen Schaustellerbundes um die Anerkennung als sogenanntes immaterielles Weltkulturerbe. In über 40 Videobotschaften, die ins Internet gestellt werden sollen, preisen die Politiker ihre Erinne-

rungen an gebrannte Mandeln und verlässliche Freunde, die einen auch nachts nach dem Schützenfest noch auf den richtigen Weg bringen. In Deutschland werden jährlich 9900 Volksfeste und über 1400 Weihnachtsmärkte ausgerichtet mit 233 Millionen Besuchern und einem Bruttoumsatz von 3,7 Milliarden Euro. Das größte Volksfest ist das Münchner Oktoberfest mit über sechs Millionen Besuchern. deg

Glücksspiel

Prominente Fürsprecher

Der Deutsche Sportwettenverband (DSWV) kann sich im Kampf um die Öffnung des Glücksspielmarkts auf prominente Unterstützer verlassen. In einem „Imagespot“, der vorige Woche im Internet veröffentlicht wurde, freuen sich vier Spitzenpolitiker von Union und FDP über die Neugründung des Verbands, dem Glücksspielfirmen wie Cashpoint oder Tipico angehören. Peter Ramsauer (CSU), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, lobt den DSWV als „wirkliche Bereicherung der Verbändelandschaft“. Peter Harry Carstensen (CDU), Ex-Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, jubelt: „Endlich kommt es mal dazu, dass es einen Verband gibt“, in dem die Anbieter „mit einer Stimme sprechen“. Auch der Parlamentarische Geschäftsführer der schleswig-holsteinischen CDU-Fraktion Hans-Jörn Arp und der dortige FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki äußern sich in dem Video ganz im Sinne der Wettanbieter. Der Beistand aus Norddeutschland kommt nicht ganz zufällig: Schleswig-Holstein hatte unter Schwarz-Gelb als einziges Bundesland den Glücksspielmarkt weitgehend liberalisiert und kurz vor dem Regierungswechsel 2012 begonnen, Lizenzen zu verteilen. Der Verband und seine politischen Fürsprecher erklärten, dass für die Mitwirkung an dem Imagespot keine Zuwendungen geflossen seien. sve, srö

Bundesbank

Polizisten sollen Gold bewachen

Die von der Bundesbank aus dem Ausland nach Deutschland geholten Goldreserven sollen künftig von Bundespolizisten bewacht werden. Es ist geplant, dafür eigens 200 neue Stellen zu schaffen. Die Bank hatte im vorigen Jahr 37 Tonnen Gold aus Depots in Paris und den USA nach Deutschland geholt. Bis 2020 sollen es insgesamt 674 Tonnen des Edelmetalls werden. Bislang wird der Goldschatz von privaten Sicherheitsdiensten bewacht. Diese Aufgabe soll nun in hoheitliche Hände gehen. aul

Jakob Augstein Im Zweifel links

Mit dem Brecheisen

Ein Huhn wird geschlachtet, ausgenommen und durch eiskaltes Chlorwasser gezogen. Das Huhn geht schwimmen, die Keime sterben, und der Mensch bleibt gesund. Jedenfalls in den USA. Keinesfalls bei uns, sagen die Gegner von TTIP. Und wenn, dann ist das Ende des Abendlands nahe, die Zivilisation bricht zusammen. Mindestens.

TTIP steht für Transatlantic Trade and Investment Partnership, das Handelsabkommen, über das die EU gerade mit den USA verhandelt. Das Wappentier der TTIP-Gegner ist das Chlorhühnchen – das ist anschaulich, aber irreführend. „Ich esse lieber ein amerikanisches Chlorhühnchen als ein deutsches oder niederländisches Huhn, das oft voller gefährlicher Bakterien wie Salmonellen und Campylobacter ist“, sagt zum Beispiel ein Professor für Krankenhaushygiene aus Freiburg. Nicht wir müssen Angst vor den Chlorhühnchen haben, sondern die Amerikaner vor unseren Schmuddelvögeln.

Freihandel kann wirtschaftlich, politisch, kulturell und sozial etwas Gutes sein. Die Frage ist: Worin besteht der Gewinn, und bei wem landet er? Was sind die Kosten, und wer muss sie bezahlen? Jo Lendle, der Chef des Hanser Verlags, sagt dazu: „Die Gefahr ist groß, dass die einheitlichen BMW-Rücklichter gegen die Buchpreisbindung eingetauscht werden.“

TTIP ist ein politisches Problem, kein ökonomisches. TTIP leidet an einer Krankheit, die auf Bürokratie fußt, und an einer Ideologie, die Neoliberalismus heißt. Zusammen können die beiden der Demokratie den Garaus machen. Denn das Denken der Experten ist auf Effizienz ausgerichtet, die Demokratie jedoch auf Gerechtigkeit. Wir haben im Zuge der Finanzkrise erlebt, wie Demokratie und Kapitalismus miteinander kollidieren und die Demokratie dabei Schaden nimmt. Ausgerechnet eine Kanzlerin aus dem Osten des Landes relativierte den demokratischen Prozess und sprach sinngemäß von der „marktkonformen Demokratie“. Und nun könnte sich TTIP als das Brecheisen des Neoliberalismus erweisen, mit dem der Wohlfahrtsstaat in Europa ausgehebelt wird.

Das größte Problem sind die Schiedsgerichte, die Investoren schützen sollen: An sie kann sich ein Konzern wenden, um einen Staat zu verklagen. Solche Regelungen sind üblich, so knebelt der Norden den Süden. Mexiko führt eine Steuer auf Erfrischungsgetränke ein – ein US-Lebensmittelmulti klagt auf Schadensersatz und erhält 90 Millionen Dollar. Guatemala deckelt die Strompreise – ein US-Energieunternehmen wird mit 25 Millionen entschädigt. Neue Umweltschutzregeln? Könnten aus der Sicht von Investoren eine Form der Enteignung sein. Und was ist mit Betriebsräten? Oder dem Streikrecht? Die TTIP-Debatte zeigt, wie dringend wir ein anderes Verständnis von der Rolle des Staates gegenüber der Wirtschaft brauchen.

An dieser Stelle schreiben drei Kolumnisten im Wechsel. Nächste Woche ist Jan Fleischhauer an der Reihe, danach Juli Zeh.

FOTOS: ERIC TSCHAEN / DEUTSCHE BUNDESBANK / REA / LAIF (U.); MICHAEL DALDER / REUTERS (O.); ILLUSTRATION: PETRA DUFKOVA / DIE ILLUSTRATOREN / DER SPIEGEL